



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 146. Ratssitzung vom 25. Juni 2025

4765. 2025/23

Jugendvorstoss von Ricarda Barman und Pauline Kopp vom 09.12.2024: Freie Flächen der Stadt Zürich für umweltfreundliche Energie

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, den Jugendvorstoss in Form eines Postulats zur Prüfung entgegenzunehmen.

Auf eine ergänzende Begründung des Jugendvorstosses (vergleiche Beschluss-Nr. 4216/2024) wird verzichtet.

Dr. Emanuel Tschannen (FDP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Der Vorstoss greift ein altes Anliegen der FDP auf. Wir setzen uns immer stark für die Solaroffensive ein. Diese ist bei STR Michael Baumer in guten Händen. Es werden viele städtische Mittel für das Anliegen eingesetzt. Obwohl das Thema für uns wichtig ist, empfinden wir diesen Vorstoss nicht als zielführend, da er bereits erfüllt ist. Ein Pilotversuch und zusätzliche 3 Millionen Franken sind angesichts der bereits laufenden Massnahmen nicht angebracht. Da es den Antrag nicht braucht, lehnen wir den Vorstoss ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Yves Peier (SVP): *Im Vorstoss werden zwei Punkte aufgegriffen: Der eine bezieht sich auf die Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) privater Liegenschaftsbesitzer. Ingenieure und Physiker warnen schon lange davor, dass Wind- und Solartechnologien erhebliche Nachteile aufweisen. Je mehr Strom durch erneuerbare Energien geliefert wird, desto instabiler wird das Netz. Das haben wir in Spanien gesehen. Die Solaranlagen auf dem Dach müssen richtig ausgerichtet werden, damit sie etwas nützen. Zudem verwüsten sie das Stadtbild. Beim zweiten Punkt mit den geeigneten freien Flächen war uns nicht klar, was ihr meint. Das Gesamtbudget der Stadt Zürich für den Klimaschutz beträgt 500 Millionen Franken. Weitere 12 Millionen Franken sind zu viel, wir lehnen den Vorstoss ab.*

Ursina Merkler (SP): *Die Stadt will bis ins Jahr 2035 sämtliche Massnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen in ihrem Einflussbereich umsetzen. Die Stimmbürger hat im Jahr 2022 mit einer Mehrheit von 75 Prozent Ja-Stimmen gezeigt, dass sie hinter den städtischen Klimaschutzziele steht. Für die Nutzung von Sonnenenergie, sowohl als PV-Anlage zur Stromproduktion als auch als thermische Sonnenkollektoren*



für warmes Wasser, gibt es Fördergelder von Bund, Kanton und Stadt. Trotzdem bemerkt der Jugendvorstoss richtig, dass es weiterhin viele Flächen gibt, die für Sonnenenergie nutzbar wären, aber freistehen. Solange es noch so viel Potenzial für mehr Solaranlagen gibt, müssen wir daran arbeiten, dieses zu nutzen. Wir stimmen dem Vorstoss zu.

Dominik Waser (Grüne): *Die Grünen unterstützen das Anliegen und den Vorstoss. Wir reichen immer wieder Vorstösse zur Solaroffensive ein, die von der FDP und dem Vorsteher des Departements Industrielle Betriebe ausgebremst werden. Die FDP scheint sich nicht mit eigenen Vorstössen für die Solaroffensive einzusetzen. Von der SVP hören wir zu diesem Thema nur Fake News. Die Stadt Zürich bildet in der Ausnützung der Solarenergie das Schlusslicht. Im Vergleich zu anderen Gemeinden haben wir gerade mal 6,7 Prozent des Potenzials ausgeschöpft. Viele Parteien forderten bereits, dass ambitioniertere Ziele angesetzt und mehr Ressourcen dafür eingesetzt werden.*

Christian Häberli (AL): *Die AL unterstützt den Jugendvorstoss. Noch sind viele Dachflächen in Zürich ungenutzt, weil die vorhandenen Förderinstrumente für bestimmte technische Installationen zweckgebunden sind. Viele Punkte sind da noch nicht abgedeckt. Die geforderten Gelder könnten bspw. für Pilotprojekte von lokalen Elektrizitätsgemeinschaften eingesetzt werden. Die Umsetzung des neuen Stromgesetzes schafft Herausforderungen, die mit den heutigen Förderinstrumenten nicht adressiert werden.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Den Vorstoss sehen wir kritisch. Gegenüber dem Ausbau erneuerbarer Energien sind wir skeptisch, obwohl wir im Grundsatz dafür sind. Grund dafür sind die starken Schwankungen im Netz. Diese sind eine Realität. Jedoch bin ich sicher, dass sich das Elektrizitätswerk (ewz) solcher Themen annimmt und sie berücksichtigt. Es gibt auch das Argument der Autarkie, damit Liegenschaften möglichst selbstversorgt werden und die Stabilität im Netz zunimmt. Solchen Ideen von Jugendlichen sollten wir Schwung geben, darum sprechen wir uns für den Vorstoss aus.*

Walter Anken (SVP): *Die Stadt soll zuerst ihre eigenen grossen Gebäude mit Solaranlagen ausrüsten. Bei städtischen Gebäuden mit grosser Dachfläche ist das sinnvoll. Ein privater Hauseigentümer entscheidet selbst, ob er eine PV-Anlage möchte oder nicht. Oft haben private Dachflächen Fenster und die Fläche ist klein. Die Ausrichtung des Dachs ist ebenfalls wichtig und die Saisonalität des Stromertrags zu berücksichtigen. 12 Millionen Franken sind uns zu teuer. Aus ökologischer Sicht macht es keinen Sinn, die umfassende und teure Infrastruktur auf ein Haus mit wenig Dachfläche zu bauen. Die Produktion der benötigten Elemente verursacht CO₂. Es gibt andere Lösungen als Photovoltaik, aber die verlangen vielleicht danach, den Wohlstand etwas zu reduzieren.*

Beat Oberholzer (GLP): *Uns freut ein zusätzliches Förderprogramm zum Ausbau der Photovoltaik und dass der Stadtrat bereit ist, den Vorstoss anzunehmen. Das Zwischenziel zur Solarstromproduktion beträgt 120 Gigawattstunden (GWh) bis ins Jahr 2030. Das ist der GLP zu wenig. Vielleicht ist der Jugendvorstoss das fehlende Mittel. Natürlich soll die Stadt auf eigenen Gebäuden Anlagen bauen, aber darum sollten Private nicht darauf verzichten.*



Martina Zürcher (FDP): Die FDP hat Vorstösse zur Solarenergie eingereicht, aber bevor Dominik Waser (Grüne) gewählt wurde. Nur weil wir den Vorstoss ablehnen, finden wir nicht, dass es genügend Photovoltaik gibt. Die Programme zum Ausbau laufen aber.

Dominik Waser (Grüne): Die Grünen setzten sich für diverse Massnahmen in diesem Bereich ein. Viele unserer überwiesenen Vorstösse sind aber noch nicht umgesetzt, obwohl die Frist verstrichen ist. Es geht uns nicht schnell genug vorwärts. Fakt ist, dass der Departementsvorsteher der FDP sich weigert, in diesem Bereich genug zu machen. Darum müssen wir immer wieder neue Vorstösse einreichen. Dieser Vorstoss fordert explizit, dass Private unterstützt werden. Ist das nicht, was Ihr wollt?

Samuel Balsiger (SVP): Der Stromausfall in Spanien war real und keine Fake News. Die offizielle Untersuchung dazu schlussfolgerte, dass das Netz aufgrund der Solaranlagen überlastet war. Wenn die Grünen sagen, dass es in der linken Stadtregierung zu wenig vorwärtsgehe, sind sie selbst verantwortlich. In einer historischen Altstadt wie Zürich muss man darauf achten, wie sich die Anlagen ins Ortsbild einfügen. Die Energiepolitik der Linken ist gescheitert. Es braucht neue Atomkraftanlagen, um die Stromlücke zu schliessen. Wer wirklich für die Jugend schaut, soll keine Schulden anhäufen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Für die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung und Mobilität braucht es mehr Energie in Form von Strom. Aus diesem Grund muss die Stromproduktion mit erneuerbaren Energien ausgebaut werden: Das sind Wasser- und Windkraft und Photovoltaik. Das hat das Stimmvolk beschlossen. Das ewz ist an 5 von 16 wasserkraftbezogenen Bundesprojekten beteiligt und arbeitet daran, sie auszubauen. Auch an der Windkraft im Kanton Zürich arbeiten wir mit. Bei diesen Projekten erfahren wir immer wieder Widerstand, was den Ausbau verzögert. Das ewz hat die erneuerbaren Energien in den letzten Jahren – immer mit Rückendeckung der Bevölkerung – stark ausgebaut. Die installierte Leistung der Photovoltaik stieg vom Jahr 2020 zum Jahr 2024 von 5,6 Megawatt (MW) auf 30,4 MW. Das ist eine Versechsfachung. Der Vorstoss ist auf die Stadt Zürich selbst bezogen. Diese hat eine Strategie zur Photovoltaik vereinbart. Wenn Sie sagen, dass die Ziele zu wenig ambitioniert seien, frage ich mich, ob Sie die Strategie gelesen haben. Sie enthält Massnahmen, wie man die Ziele erreichen möchte. Darin ist bspw. die Ausstattung von stadteigenen Gebäuden enthalten. Trotzdem wollen wir auch, dass Private ihre Hausdächer mit Solar ausbauen. Hierfür gibt es Förderung und Rücklieferarife. Mit dem neuen Mantelerlass ab dem Jahr 2026, der Energiegemeinschaften fördert, wollen wir, dass der Strom direkt im Quartier verkauft werden kann. Damit wurde mit den Fördermitteln für Hauseigentümerinnen und -eigentümer ein grosser Anreiz gesetzt, Solaranlagen auszubauen. Die Stadt Zürich steht im Vergleich zu anderen Gemeinden nicht schlecht da. Die Solarstrategie wird überarbeitet. Dieser Vorstoss wird als Ansporn genommen, weiter Druck zu machen. Den Privaten können wir aber keine Vorschriften zum Solarstrom machen. Das ist kantonal geregelt. Den Vorstoss nehmen wir entgegen.



4 / 4

Der Jugendvorstoss wird gemäss Art. 159 Abs. 1 GeschO GR als Postulat GR Nr. 2025/255 (Umwandlung) mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat